

Schwerverkehr in Mainz abblocken

Gemeinderat: Zur Sicherheit der Nackenheimer Bürger 2.3.76

-m- Nackenheim. Einstimmige Unterstützung der Fraktionen fand der jüngste SPD-Antrag über die Herausnahme des Schwerlastverkehrs aus der engen Ortsdurchfahrt von Nackenheim. Ratsmitglied Richard Speckenheuer begründete in jüngster Sitzung den Antrag und wies auf die unhaltbaren Zustände für die Bürger hin. Die Gemeindeverwaltung soll beauftragt werden, beim Bundesverkehrsministerium vorstellig zu werden, um mit Nachdruck nochmals auf die mißliche Lage hinzuweisen. Man müsse darauf dringen, daß umgehend Maßnahmen ergriffen würden, die eine Sperrung für

jeglichen Schwerlast- und Fernverkehr zur Folge hätten.

Richard Speckenheuer (SPD) betonte weiter, die Umgehung von Nackenheim werde sicherlich nicht vor 1980 gebaut. Nachdem nun seit Dezember 1975 die Autobahn Bingen—Worms fertiggestellt sei, sei es dem Schwerlastverkehr zuzumuten, einen Umweg von rund zwanzig Kilometer zu fahren. Dies müsse man gegenüber der Sicherheit und dem Wohle der Nackenheimer Bürger abwägen. Die SPD-Fraktion schlage deshalb vor, den Fern- bzw. Schwerlastverkehr bereits ab Mainz und im Raum Nierstein/Oppenheim abzublocken. Beim Antrag gehe es einzig und allein um die Sicherheit der Einwohner in der engen Ortsdurchfahrt, die keineswegs dem starken Verkehr heute mehr gewachsen sei. Ortsbürgermeister Willi Wöll führte dazu aus, die Verwaltung der Verbandsgemeinde werde entsprechend beauftragt, nach Bonn zu schreiben. Er habe allerdings noch Hoffnung, daß der Bau der Umgehungsstraße noch vor 1980 beginne. Er werde hierin bestärkt, weil die Vermessungen am Rhein bereits abgeschlossen seien. Auch einige Bundestagsabgeordnete hätten von einem früheren Baubeginn gesprochen. Sowohl Ratsmitglied Franz Josef Bernard (CDU) als auch Eugen Stolle (FWG) unterstützten den Antrag und sprachen sich ebenfalls für eine Entlastung der engen Ortsdurchfahrt aus.

Im weiteren Verlauf der Sitzung im Film- und Feierraum der Carl-Zuckmayer-Schule verwiesen die Ratsmitglieder ebenfalls einstimmig den Entwurf über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau der Erschließungsanlagen nochmals in den zuständigen Ausschuß, weil Bedenken bezüglich der ausgearbeiteten Entwürfe zur Heranziehung der Eckgrundstücke aufgetreten waren.